

Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

Wochenschein
Wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 0,75 Zloty.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:
V. Humold, Stadtbuchdruckerei, Zory.

Wochenschein-Preis:
Die einhalbtägige Wochenscheinzeitung 10 Gr.
Zusatzkosten-Kassa ohne bis spätestens Freitag
10 Uhr vormittags.

Nr. 3

Freitag, Nr. 49

Sonnabend, den 20. Januar 1934.

Gründet 1879

56. Jahrgang.

Rundschau.

Ruhige Sitzung des Sejm.

Warschau, 17. Januar. Die gestrige Vollversammlung des Sejm nahm einen ruhigen Verlauf. Die Sitzung war gut besucht und dauerte 2 1/2 Stunden. Wegen des vom Ausschuss bereits angenommenen Gesetzentwurfes über die Neuorganisation der polnischen Inseln wurde durch ein besonderes Wortwechseln Inlandswesen durch ein besonderes Wortwechseln wanderten sich die Sozialisten, die behaupteten, daß aus dieser Wortführung nur wieder gewisse Industrieschwäche besonders Vorteile ziehen würden, während die einzige Rettung in der gegenwärtigen Krise der energische Kampf gegen die Industrieschwäche bringe könne. Mit dem Stimmen der Regierungsbündnisse wurde das Gesetz angenommen. Die 23 neuen Gesetzentwürfe der Regierung, darunter neun Nationalisationsurkunden, wurden ohne Schwierigkeiten in erster Lesung angenommen und den Ausschüssen überwiesen. Gegen den Gesetzentwurf über die Befreiung der Staatsangehörigen von der Abgabe zum Arbeitsfonds wandte sich eine ganze Reihe von Oppositionsrednern; auch dieses Gesetz gelangte zur Annahme.

Die Nationaldemokratie hatte einen auch von den übrigen polnischen Oppositionsparteien unterstützten Antrag auf Beschließung der Inkraftsetzung der neuen Besoldungsordnung eingebracht. Auch dieser Antrag ist den Ausschüssen überwiesen worden.

Die nächste Vollversammlung des Sejm ist am Freitag, den 19. Januar, um 4 Uhr nachmittags einzuberufen worden.

Die Neuorganisation der Beamtengehälter.

Warschau, 16. Januar. Finanzminister Jawadski antwortete auf die Eingabe des Generalrates der Angestellten in der Sache der Neuorganisation der Beamtengehälter mit einer Erklärung im „Kurjer Poranny“. Finanzminister Jawadski erklärte, daß die Gesamtsumme der an die Staatsbeamten bisher zur Auszahlung gelangten Gehälter nicht verändert werden würde. In der Praxis würde die Neuorganisation der Gehälter so erfolgen, daß die Beamten dem selben neuen Gehaltsklasse zugewiesen würden, zwischen denen ihr bisheriges Gehalt läge, und zwar teilweise allgemein der niederen Gruppe. Der Höchstverdienst, den ein Beamter an seinem Gehalt erleiden könne, sei auf 7 Prozent beschränkt worden; darüber hinausgehende Gehaltsverluste durch die Neuorganisation der Beamtengehälter würden aus dem Mitteln des besonders bereitgestellten Ausgleichsfonds ausgeglichen werden. Auch diejenigen Beamten mit großer Familie, die unter der Streichung des Familienzuschlages besonders leiden würden, würden ihre Verluste zum Teil ersetzt erhalten. Die Regierung habe die Absicht, gleichzeitig mit der Neuorganisation der Beamtengehälter auch zu dem alten System der Beförderung der Beamten zurückzukehren und dem Zeitraum der grundsätzlichen Nichtbeförderung zum Beamten zu beschränken. Voraussetzungen würden bereits zum 1. Juli die am meisten um dem Staat verdienenden Beamten erneut befördert werden können. Mehr als früher werde auch dafür Sorge getragen werden, daß die Beförderung der Beamten in einem höheren Dienstgrad regelmäßig eine Verbesserung ihres Gehaltsabkommens bedeuten würde.

Artikler-Paragrafen in Polen.

Warschau, 15. Januar. Die Aufnahme des „Artikler-Paragrafen“ in die Statuten aller studentischen Verbände, der sportlichen und wissenschaftlichen Vereinigungen und Selbsthilfe-Organisationen, ist von den polnischen Hochschulen bekräftigt und damit für gesetzlich zulässig erklärt worden. Die Auf-

nahme des „Artikler-Paragrafen“ in die Statuten der sportlichen Verbände wurde bereits vor einiger Zeit beschlossen.

600000 Zloty Gewinn aus 1200 Ehescheidungen.

Warschau, 17. Januar. Ueber das Strafverfahren gegen das orthodoxe Konfessionsforum werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Danach sind seit dem Jahre 1931 etwa 1200 Ehescheidungen widerrechtlich ausgesprochen worden, die eine Gesamtsumme von 600000 Zloty eingebracht haben. Fünf orthodoxe Bischöfe sollen in die Scheidungsangelegenheit verwickelt sein. Nach dem polnischen Strafgesetzbuch droht ihnen eine Strafe bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Deutschland und Polen.

Warschau, 16. Januar. Zu Verhandlungen über die Aufnahme des Lastverkehrs zwischen Polen und dem Deutschen Reich sind gestern mit einem deutschen Vertretungsgang zwei Vertreter der zuständigen Berliner Stellen in Warschau eingetroffen. Sie wollen hier über die Inkraftsetzung des deutsch-polnischen Lastverkehrsabkommens Besprechungen führen, das bereits 1929 unterzeichnet worden ist, jedoch aber noch nicht in Kraft gesetzt wurde.

Montag wurde auch das deutsch-polnische Wirtschaftspräsidium am ohergehigen Tage bis Ende des Monats verlängert. Es ist diesmal die sechste Verlängerung dieser vorläufigen Regelung, die nur für die Dauer der Verhandlungen über die Beendigung des Zollkrieges gilt.

Entspannung Warschau—Danzig.

Danzig, 15. Januar. Der Generalkonmissar der polnischen Regierung in Danzig Minister Dr. Pappé überreichte dem Präsidenten des Danziger Senates Dr. Raschning die Antwort der polnischen Regierung auf die von dem Senatpräsidenten vor kurzem in Warschau gemachten Anregungen. In ihrer Antwort erklärte die polnische Regierung, daß sie die von Dr. Raschning gemachten Vorschläge für eine Polnisch-Danziger Verständigung als annehmbar betrachtet. Die polnische Regierung habe nicht die Absicht, die nationale Entwicklung der deutschen Bevölkerung auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig zu behindern. Minister Dr. Pappé teilte ferner mit, Außenminister Beck habe ihn beauftragt, dem Danziger Senat den Vorschlag zu unterbreiten, in Zukunft eventuelle Streitfragen in direktem Einvernehmen ohne Hinzuziehung der Völkerbundsorgane zu regeln.

Prozeß von 5 Jahren Dauer.

Warschau, 17. Januar. Der höchste Gerichtshof hat am Dienstag nach einer fünfjährigen Prozeßdauer die Klage des katholischen Erzbischofs in Polen auf Rückgabe von 724 griechisch-orthodoxen Kirchen abgewiesen mit der Begründung, daß das Gericht für diesen Fall der „Reviditation“ nicht zuständig sei. Die Entscheidung liegt allein in den Händen der Verwaltungsbehörden der Republik.

Der Völkerbundsrat tagt.

Genf, 16. Januar. Unter Vorsitz des polnischen Außenministers, Oberst Bed, ist gestern die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates eröffnet worden. Sie dauerte nur zehn Minuten. Allgemeineres Interesse erregte lediglich ein Nachruf des Staatspräsidenten für den langjährigen Vertreter Stalens, Scialoja, der ein Begründer des Völkerbundsvertrages ist. Es wurden nur einige kurze Berichte gelesen, die nicht von Bedeutung waren, dann wurde die Tagung sofort geschlossen. Am heutigen Dienstag finden nur Sitzungen in den Ausschüssen

statt. Die nächste Ratssitzung wird erst am Mittwoch beginnen.

Genf, 16. Januar. Der Völkerbundsrat hat beschlossen, der deutschen Regierung durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf einen Auszug aus dem Protokoll aus der Sitzung über die Saarfrage zu übergeben und sie gleichzeitig zu bitten, einen Vertreter zur Teilnahme an den Beratungen über die Saarfrage nach Genf zu entsenden.

Die Berliner Botschaft übereinstimmend berichtet, dürfte die deutsche Entscheidung negativ ausfallen, da seit dem deutschen Austritt aus dem Völkerbund eine grundsätzliche Änderung in dessen Haltung nicht eingetreten ist, durch die etwaige deutsche Teilnahme oder ein geheimerer Präzedenzfall geschaffen werden würde. Die Reichsregierung hat keinen Anlaß, dem Völkerbunde diese Verantwortung für die Regelung der Saarfrage abzunehmen.

Bonn, 15. Januar. Die „Daily Express“ meldet aus Saarbrücken, daß die Franzosen in Genf anfragen werden, die Volksabstimmung im Saargebiet einzuweilen aufzuschieben. Das Blatt bezweifelt jedoch mit Recht, daß Deutschland sich damit zufrieden geben werde.

Völkerbundsrat und Saarfrage.

Berlin, 17. Januar. Gestern Abend ist die Antwort hinsichtlich der Beteiligung der Reichsregierung an den Beratungen des Völkerbundsrates über die Saarfrage abgegeben. Sie wird über den deutschen Konsul in Genf an den Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, geleitet.

Der Völkerbundsrat hat die indirekte Anforderung an Deutschland gerichtet, es möge während der Behandlung der Saarfrage seinen Sitz in Genf wieder einnehmen. Deutschland ist aber nicht einverstanden mit dem Völkerbund angetreten, um bei irgendeiner sich bietenden Gelegenheit wieder dort zu erscheinen, wenn andere Mächte dies wünschen.

Genf, 17. Januar. Die Anregungen der englischen Presse, man solle eine Miliz von 4000 Mann ins Saargebiet bringen. Im Saargebiet haben niemals Unruhen in erheblichem Maße stattgefunden. Die beiden einzigen Voten, die dort zu beklagen sind, waren Nationalsozialismus. Wenn weiter sogar der ungewöhnliche Plan einer Teilung des Saargebietes ansteht, so sind sich die betreffenden Persönlichkeiten des geschäftlichen Erfolges eines solchen Vorschlags offenbar nicht bewußt. Die Ablehnung des Genfer Vorschlags bringt nicht nur Deutschland, sondern höchstens dem Völkerbund in eine peinliche Lage.

Genf, 17. Januar. Der deutsche Konsul in Genf, Dr. Kramel, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes die folgende Antwort der Reichsregierung übergeben:

Der Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar mit verbindlichem Dank bekräftige, beehre ich mich, Ihnen dazu mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bei aller Würdigung der in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Januar vorgebrachten Gesichtspunkte zu ihrem Bedauern aus grundsätzlichen Erwägungen davon absehen muß, an den Beratungen der Tagung des Völkerbundes über Punkt 26 der Tagesordnung teilzunehmen. Genehmigen Sie usw.

gez. Freiherr von Neurath.

Genf, 18. Januar. Der Völkerbundsrat trat Mittwoch zu einer geheimen Sitzung zusammen. Als wichtigster Punkt stand die Wahl der Saar-Regierung auf der Tagesordnung, die terminmäßig fällig ist. Wie allgemein erwartet, wurde die bisherige Regierung einstimmig wiedergewählt. Die Saar-Regierung besteht also weiter aus folgenden Mitgliedern: Knox-England, Ehrenrotz-Fran-

land, Rohmann-Saarland, Morice-Frankreich und Sozialistisches Jugoslawien.

Die neue Politik.

Brag, 15. Januar. Der Wirtschaftsrat der Kleinen Entente wurde vom Vorsitzenden Dr. Benesch mit einer Ansprache eröffnet, in der es u. a. hieß: Die Kleinen Entente verkörpert eine neue europäische und mitteleuropäische politische Doktrin, die darin besteht, daß die neuentstandenen Staaten Mitteleuropas künftighin ihren Schicksal selbst, daß sie sich als Volk ansehen, nach eigenem Willen zu leben, daß sie nicht wollen, daß die übrigen größeren und mächtigeren Staaten um sie kämpfen und daß sie die gleichen Souveränitätsrechte haben wie die übrigen Staaten. „Wir wollen“, betonte Dr. Benesch, „von Frieden und mit Frieden alle jene begreifen, die sich dieser gemeinsamen Arbeit anschließen wollen.“

Heiligensprechung in Rom.

Rom, 17. Januar. In der Vaterskirche wurde am Sonntag die Heiligensprechung der Gründerin des Ordens der Caritas-Schwester Johanna Antida Thourret durch Pöppl Pius XI. vollzogen. An der Feier nahmen außer dem hohen Klerus und dem geistlichen Orden das gesamte beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Corps sowie das römische Volk teil, die Ritter des Malteser-Ordens, des Ordens vom Heiligen Grab und der gesamte Hofstaat des Papstes teil. Die Prozession war die auf dem letzten Platz mit Tausenden gefüllt, als der Pöppl seinen Einzug hielt, vom Throne der Altonaer Empfangen. Nach dem feierlichen Zeremoniell der Heiligensprechung und dem Lebensworte des Papst dem anstehenden Pontifikatamt bei und erteilte zum Schluß vom Thronstuhl aus seinen Segen. Die zu den Ehren des Altars erhobene Heilige Johanna Thourret wurde im Jahre 1765 bei Besancon geboren und starb in Neapel, wo sie die längste Zeit ihres Lebens gewirkt hatte, im Jahre 1826. Ihre Nachfolgerinnen, die Caritas-Schwester, verfielen allein in Italien aber mehr als 600 Häuser und über alle Arten von Wohltätigkeitsarbeiten.

Rom, 17. Januar. Am Montag fand im Vatikan ein halböffentlicher Konfessionskongress statt, in dem die Kardinals und der hohe Klerus ihre Sitzungen für die vier letzten Heiligensprechungen dieses Jubiläumjahres abgegeben haben. Es handelt sich um folgende bereits früher Seligsprechungen: 1. den Gründer des Salesianerordens, Giovanni Bosco, 2. den Geistlichen Rompilio Wittl, 3. die Gründerin des Ordens der Jungfrauen vom Heiligen Sakrament, Maria Michela, und 4. die Gründerin der geistlichen Gesellschaft der Caritas-Schwester, Luise de Matillac.

Roosevelts Währungsplan.

Washington, 16. Januar. Präsident Roosevelt sandte dem amerikanischen Kongress eine Botschaft, worin er diesen um eine zusätzliche Gesetzgebung zur Verbesserung des Finanz- und Währungssystems ersuchte. Das Gesetz soll der Bundesregierung die Verfügung über alles gemünzte und vorzuzugeld, das sich in den Vereinigten Staaten befindet, geben. Die Regierung soll ferner die Berechtigung erhalten, Goldmünzen zu prägen auszuscheiden.

Ein Rückkehr zur Goldausgabe ist nach dem neuen Gesetz nicht beabsichtigt. Nur sollte die Vereinigten Staaten eine positive Handelsbilanz haben können, wird die sogenannte Handelsbilanz durch Berücksichtigung von Goldbarren ausgeglichen werden. Das Eintreten dieser Notwendigkeit hält man jedoch für wenig wahrscheinlich. Roosevelt ersucht den Kongress ferner um Festsetzung eines Rahmens, innerhalb dessen er den Goldgehalt des Dollars herabsetzen kann, und zwar verlangt er die Möglichkeit der Herabsetzung zwischen 60 und 50 v. H., anstatt wie bisher zwischen 100 und 50 v. H. Diese Maßnahme soll der Bevölkerung zeigen, daß die Devalvation des früheren Golddollars nicht über 60 v. H. und nicht unter 50 v. H. betragen soll. Es soll ferner hierdurch erreicht werden, daß sich die Preise im Inland stabilisieren und daß der Wechselkurs ein genaues Bild von der Finanzlage bekommt. Der Dollarwert kann also künftig im Inlande nur innerhalb einer Spanne von 10 v. H. schwanken, bis Roosevelt die endgültige Devalvation vollzogen hat. Wenn und zu welchem Kurs er dies tun wird, ist noch nie vor unbekannt.

Der Präsident betonte, daß er eine „gesunde Währung mit so gut wie beständiger Kaufkraft“ anstrebe und keine Inflation beabsichtige. Er brauche den Spielraum zwischen 60 und 50 v. H., um von Zeit zu Zeit die Währung entsprechend den Preisverhältnissen regulieren zu können.

Soziales.

Sobran, den 19. Januar 1934.

§ (Katholischer Bürgerverein.) Die ordentliche Generalversammlung des Vereins findet am Sonntag den 28. Januar, nachm. 4 Uhr im Vereinslokale statt, worauf schon heute hingewiesen wird.

§ (Schöngengilde.) In der am 15. d. M. stattgefundenen Sitzung wurde beschlossen, das für den 4. Februar in Aussicht genommene Festtagsvergnügen nicht abzuhalten. Dafür findet zu Ehren der Würdenträger im Hotel „Der Hof“ morgen Sonntag den 20. Januar, abends 8 Uhr ein Abendessen statt, zu dem die Mitglieder mit ihren Frauen geladen sind.

§ (Generalversammlung des Freiw. Feuerlösch- und Rettungsvereins.) Am Sonntag den 14. d. M. fand im Ruck'schen Lokale die ordentliche Generalversammlung statt, die außerordentlich zahlreich war und von 52 Mitgliedern besucht war und vom Vorsitzenden, Bürgermeister Koller, eröffnet und geleitet wurde. Zunächst wurde das Andenken des im verstorbenen Vereinsjahre verstorbenen Wehrmanns Josef Piotrowski durch Erheben von den Plätzen geleitet. Nach dem Jahresbericht fanden 21 Übungen statt, die durchschnittlich von 29 Beamten besucht waren. Die Wehr ist im Jahre 1933 in 6 Bränden alarmiert worden und hat hierbei tatkräftig Hilfe geleistet. Nach der Rechnungslegung hat die Vereinskasse einen Bestand von 78,50 Floty, die Sterbekasse einen solchen von 766,69 Floty. Dem Vorstande wurde Entlassung erteilt. Zwei turnusmäßig auscheidende Vorstandmitglieder wurden wiedergewählt und zwar der stellvert. Brandweiser Leo Kuznetsov und der Schriftführer, Wagnermeister Wiegand. Beschlüsse wurden, die bisherige Entschädigung von 1 Floty an die zur Übung erschienenen Mitglieder einzuführen, dafür aber denselben Wehrmänner, welche die Übungen rüchlich und zahlreich besuchen, zu prämiieren. Der Jahresbeitrag wurde für die aktiven Mitglieder auf 2 Floty, für die inaktiven auf 1 Floty festgelegt. Da die Anzahl stang von Schlauchmaterial dringend notwendig ist, sollen 200 m alsbald bestellt und die Mittel zur Bezahlung hierfür aus der Sterbekasse geleistet werden. Sobald die alljährliche häusliche Exambition der Vereinsklasse anstehen wird, ist alsdann der geleistete Betrag an die Sterbekasse wieder zurückzahlen. Die Wehr hat unter sehr günstigen Bedingungen ein Personalfoto für die Mitglieder erworben; dasselbe soll nun als Motorspritze umgebaut werden, zumal eine Motorspritze für die Wehr ein dringendes Bedürfnis ist. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben die Mitglieder noch einige Zeit beim Kongert der Feuerwehrkapelle gemütlich beisammen.

§ (Reger Verkehr.) Herrscht auf dem Viehmarkt, der am Mittwoch hierorts stattfand. Besonders der Pferdemarkt, der sich zum großen Teil auch in den Seitenstraßen abspielte, war gut besucht; Käufer waren zahlreich erschienen, jedoch die Preise etwas angezogen. Auf dem Rindermarkt waren ca. 80 Stück angekauft, die guten Absatz fanden.

§ (Jugendlicher Dieb.) Der erst 13 Jahre alte Edward Galas aus Neuzugun verurteilt dort dieser Tage eine Silberne Taschenuhr mit Kette für 5 Floty zu verkaufen. Als ihn daraufhin ein Polizeihofen festnahm, gestand er, die Uhr dem Kaufmannslehrling Bialecki in Sobran gestohlen zu haben. Das Verhörprotokolle übergeben wurde nach hier zur Vernehmung gebracht, später aber seiner Jugend wegen wieder freigelassen.

§ (Eine unverbehrliche Spitzbubin.) Am Freitag voriger Woche hatte sich das seltsame Dienstmädchen Marie Jarakozyl aus Rogozna in den Boden der Warte vorans in Sobran eingeschlichen und sämtliche zum Trocknen aufgehängte Wäsche gestohlen. Die erst 19 Jahre alte Spitzbubin, die schon öfters wegen Diebstahls verurteilt ist, wurde verhaftet und nach hierse Verhaftung eingeliefert. Die Jarakozyl ist diejenige, die im Juni v. J. die Schürze ihrer Dienstinne Frau Hedwig Adamet in Brand gesteckt hat, um in dem Wirtswirt ihre Dienstinne beschließen zu können. Sie wurde für diese Tat im August v. J. zur Unterbringung in eine Besserungsanstalt verurteilt.

§ (Kontrolle der Handels- u. Gewerbetaxen.) Die Kontrolle der Handels- und Gewerbetaxen für das Jahr 1934 hat bereits begonnen. Es wurde in verschiedenen Orten von den Finanzorganen festgestellt, daß viele kleinere Kaufleute und Handwerker die Taxen mangels Bargeld nicht eingibt haben. Es wurden Protokolle angefertigt und die Anzeigen an die Gerichte geleitet.

§ (Säckenverein.) Heute Freitag abends 8 Uhr findet eine Gesangsprobe im Vereinslokale statt.

§ (Sokkische Veränderung.) Die Gemeindefassung ist nach Auflösung der örtlichen Postagentur dem Postbezirk Sobran zugewiesen worden.

§ (Wie soll man heizen?) Wenn der berechtigte Leser das Bild hätte, was den Werte der Kohlen entspricht, die an einem einzigen Tage benötigt verbraucht werden, so wäre er nicht nur ein „Gewächter“, sondern sogar ein „Reicher“! Man! Willst du dich selbst die Armut, kinderreiche Witwe der schwarzen Diamanten zu verschaffen, obwohl sie — Frauen sind man einmal so — das gerade Gegenteil verdienen wird. Die allerwertigsten Werte wissen mit ihrem Kohlenmaterial sparsam umzugehen. Es besteht ein ganz gewaltiger Unterschied darin, ob zur Zeit des heizen „Jag“ vorhanden ist oder nicht. Im ersteren Falle sind alle Vorteile schmerzhaft zu spüren — durch die Kohlen wird auch sonst Anstand einbringen, daß vom Hof die hohe Lage empfindlich. Im letzteren Falle sind alle Vorteile zu spüren — und vielleicht da breitet es sich noch einmal richtig! Wer gebrauchlos die Kohlen, Ofenröhren, Metallfenster Tag für Tag gleichwertig offen stehen läßt, heizt die Luft überm Maße und den Schornstein, aber steuert auf wenigsten den Ofen selbst! Und wer es wieder tut und qualmen läßt, hat nicht nur Kerger, macht nicht nur andere ärgerlich, sondern vernachlässigt auch noch die Ungen der Bewohner und die Räume. Es ist aber zu wünschen gar nicht so leicht, daß „Qualmen“ zu verhüten, vor allem dann, wenn man an mindlichen, sonstigen Mitteln den Ofen heizen will. Doch auch zu viel Wind schlägt oft den Rauch zurück. Beim Feuermachen legt man die Kohlen in Form eines Hufeisens auf den Hof, wobei die offene Stelle der Ofenröhre zugewandt ist. In dieser Hufeisen hinein werden kreuzweise übereinander ein paar Holzstücke gelegt, von denen nur die zu unterst liegenden dünn sein sollen. Obendrauf kommen trockene Reisigstämme. Wird später angelegt, so schiebt man die Luft nach hinten und legt dort die Kohlen auf. Bei starkem Jag wird die Kohlenreihe nicht durch den Hof gestört — denn das wäre heillos die Verschwendung — sondern man läßt sie hinhängen! Raucher lernt seinen Ofen nie kennen, sondern erst nach Jahren. Denn ein jeder Ofen hat seine ganz besonderen Eigenschaften, die man kennen muß, wenn man mit seinem Feuerwerkmaterial sparsam umgehen will. Es gibt unendlich ebensolche unverständliche Ofen, wie unverständliche Menschen! Und eine nicht weniger beherzigtenswerte Wahrheit ist die: Raucher darbt sich am Ende ab, um es in den Ofen hineinzusetzen zu können!

§ (Türen zu!) Viele lernen nie, eine Haustür richtig zu machen. Und wo Erwogene darin mit schlechtem Beispiel vorangehen, dort werden es die Kinder gleich ganz daran schließen lassen, die Tür zu schließen. Eine ständig offene Haustür im Winter führt nicht nur zu starkem Wärme- und Kohlenverlust aller Hausbewohner, sondern oft auch zu Gesundheitschäden.

§ (Wie bleibt man warm?) Viele Leute glauben noch immer, daß man seinen Körper warm erhalte, wenn man ihm recht viele heiße Flüssigkeiten zuführt. Gewiß, zunächst tritt dadurch eine Erwärmung ein; aber diese ist nicht von Dauer. Wer z. B. aus dem Hause gehen will, verzichte darauf, heiße Getränke zu sich zu nehmen, esse dagegen feste Nahrung, z. B. Brot, und er wird viel länger warm bleiben! Obacht ist darauf zu geben, daß das Schweiß trocken und fest ist und der Fuß in warmen Strümpfen steht. Auch die Hand und besonders die Handgelenke sind man zu schützen. Die Haut ist durch die Rippen geschützt; dagegen ist empfindlicher, besonders schwächlichen und hinstarken Personen bei strenger Winterkälte zu empfehlen, den Unterleib warm zu halten. Beim Ofen im Freien halte man den Mund geschlossen; dies ist besonders Kindern stark einzuprägen. Bei allerstrengster Kälte sind auch Ohrenschützer anzulegen. Sehr müssen Eltern darauf achten, daß die Kinder die nassen Schuhe und Strümpfe sofort nach dem Heimkommen durch trockene ersetzen. Füllschuhe dürfen nicht zu heiß erwärmt an den kalten Fuß gebracht werden; auch sollte man sich nicht mit kaltem Rücken und kalten Händen an den heißen Ofen — am allerwenigsten an einem eisernen.

§ (Bewahrt das Feuer und das Licht.) Diesen alten Wächtertrutz mühte sich mancher einprägen, da schon viele Brände durch Unvorsichtigkeit entstanden sind. Auch im Hause des Johann Domel in Baranowice entstand durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht Feuer, wodurch dieser einen Schaden von 400 Floty und sein Mieter einen solchen von 1200 Floty erlitt. Beide Geschädigte sind nicht versichert.

(Schlosser Sejm.) Am Mittwoch vor-
mittag legte der Wojewode dem Sejm.
den Haushaltsplan der Wojewodschaft für
1934/35 vor, der wiederum um 15 Prozent
niedriger ist als der diesjährige Haushalt.
Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit
66 858 210 Zloty ab und ist mithin um rund
10 Millionen oder 15 Prozent niedriger als
der vorherige Haushaltsplan mit 75,7 Millio-
nen Zloty. In zweistündiger Rede begründete
der Wojewode die Ursachen, die eine weitere
Herabsetzung der nächstjährigen Einnahmen und
Ausgaben verantwortl. machen, und gab dann
eine ausführliche Übersicht über die geplanten
Maßnahmen zur weiteren erfolgreichen Bekämp-
fung der Arbeitslosigkeit. Der Wojewode er-
klärte, daß die letzte Besserung der Arbeitslage
der Industrie in den letzten Monaten die letzte
Hoffnung aufkommen lassen, daß ein weiteres
Absinken der Produktion nicht mehr eintreten
würde, weshalb mit einiger Zurückhalt in die
Zukunft gesehen werden könne. Trotzdem müßten
aber weitere vorsichtige Sparmaßnahmen
getroffen werden, um die immer noch rückläufigen
Steuererlöse zu den nöthigen notwendigen
Ausgaben anzupassen. Mit der Besserung der
Industrie läufige der Wojewode weitere scharfe
Maßnahmen der Regierung gegen die bisherige
Wirtschaftsführung in der Schwerindustrie und
die strenge Bekämpfung aller Wirtschaftsver-
stöße, die für die Kapitalhinterziehungen, wie sie
in letzter Zeit aufgedeckt wurden, verantwortl.
sind. Ebenso wurde eine noch härtere Durch-
setzung des Verwaltungsapparates der Industrie
mit Verantwortlichen der Regierung und mit
polnischen Fachleuten erfolgen, um die Interessen
des Staates zu sichern. Ferner mußte der
Wojewode ein großzügiges Arbeitsbeschaffungs-
programm an, für das etwa 24 Millionen Zl.
an verbleibenden Fonds bereit gestellt werden
sollen. Außer den bereits begonnenen Eisenbahn-
und Bergbauarbeiten sind neue Arbeiten geplant und
vor allem sollen auch die ersten Siedlungsver-
suche von Industriearbeitern auf zwei geeigneten
Domänen unternommen werden. Der freiwillige
Arbeitsdienst und die Schrebergartenanlagen
sollen gleichfalls weiter ausgebaut werden.
Weitere Reformen läufige der Wojewode auf
dem Gebiete des Schulwesens an, wobei er
betonte, daß sich das Niveau der polnischen
Schule wesentlich gehoben habe. Der Beamten-
schaft und Vorkursen der Wojewode
sein Lob und seine Anerkennung für die ge-
leistete kulturelle Arbeit und wüßte an
alle Kreise der Bevölkerung den Appell zur
Mitarbeit für eine bessere Zukunft.

(Die Einkommensteuerklärungen.)
Durch eine Verordnung des Finanzministers
vom 8. Januar 1934 ist der Termin zur Ab-
gabe von Einkommensteuerklärungen über das
Einkommen physischer Personen und über noch nicht an-
getretene Geschäftskonten für das Steuerjahr 1934
vom 1. März auf den 1. Mai d. J. ver-
schoben worden.

**(Verlängerung des Termins für die
Berodnung über die Steuerrückstände.)**
Durch ein neues Mandat des Finanz-
ministers werden die Finanzämter verständigt,
daß die bisherigen Bestimmungen über die
Einschuldung rückständiger Steuern, die am 1.
Januar 1934 ihre Rechtswirksamkeit verloren
haben, bis Ende Juni 1934 verlängert werden.
Anträge auf Einschuldung von Steuerrückständen
können bis 15. Mai 1934 dem Finanzamt
termin vorgelagt werden. Die Ausnahme über
die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni
1934 durchgeführten Einschuldungen von Steuer-
rückständen sind von den Finanzämtern bis
31. Juli laufenden Jahres vorzulegen.

(Kürzung der Kriegskonten.) Nach-
dem die Größe der Sozialkonten, der Alters-
versicherung, der Knappheit und fast aller
anderen staatlichen und halbstaatlichen Ver-
sicherungsaufstellen entsprechend gekürzt wurden,
kommen nunmehr die Kriegskonten und Kriegs-
hinterbliebenen an die Reihe. Im Laufe der
vergangenen Woche wurden den Kriegsteilnehmern,
die bisher eine Rente in Höhe von 25 Prozent
bezogen haben, Schreiben zugestellt des Inhalts,
daß die Zahlung der Rente — die Kriegskonten
— mit dem 1. April d. J. eingestellt wird. Den
Empfängern dieser Schreiben steht das Recht zu,
innerhalb von 60 Tagen nach Bekanntgabe des
Beschlusses bei der Finanzabteilung der Wojewod-
schaft Einspruch zu erheben.

(Wahlprüfungen und Kandidaturen.)
Die Wahlprüfung der Wahlkassette zu
wieviel, insgesamt 800 Mann, was
wegen Volkswirtschaftlichkeit in den Streit getreter.
Nachdem sich der Arbeitsinspektor mit der
Angelegenheit befaßt hatte, hat die Wahlver-
waltung die gesamte Wahlprüfung angeordnet.
Die Gründe dafür sind bisher nicht bekannt
geworden. — Die Verwaltung der Wahlkassette
hat in diesen Tagen 700 Arbeiter,

die sich auf alle Betriebe des Wertes verteilen,
geschickt. Weiterhin wurden 300 Arbeiter der
Wahlkassettenteilung in Lunczursk geschickt.

(Das neue Sozialversicherungsgesetz.)
Mit dem 1. Januar trat das Gesetz
vom 28. März 1933 (Dz. U. R. P. Nr. 51,
Bof. 396) über die Sozialversicherung in Kraft.
Auf dem Gebiet des oberösterreichischen Teiles der
Wojewodschaft ist vom genannten Tage an das
Gesetz auf dem Gebiet der Unfallversicherung,
der Berufskrankheiten, sowie der Versicherung
der Kopfarbeiter verbindlich. Bisher wirkte auf
diesem Gebiet der Versicherung das Büro und
später die Abteilung beziehungsweise Expeditur
der Unfallversicherung in Königshütte, die auch
weiterhin alle Angelegenheiten der Unfallver-
sicherung, wie sie bis Ende des Jahres 1933
bestanden waren, erledigen und auch alle Ein-
gehenden aus diesem Titel überreichen wird.
Das Sozialversicherungsgesetz bringt im Ver-
gleich zu den bisher bestehenden Vorschriften im
Bereich der Unfallversicherung grundsätzliche
Veränderungen.

Ab 1. Januar 1934 unterliegen der Unfall-
versicherung bei der Beschäftigung und der Ver-
sicherung gegen Berufskrankheiten alle Personen
ohne Unterscheid des Alters und Geschlechts, die
im Arbeitsverhältnis oder im Dienstver-
hältnis stehen, also auch Schüler, Lehrlinge,
Kolonnisten, Händler und Personen, die mit ihnen
arbeiten, sowie Verwandte und Verwandte
des Arbeitgebers, die von ihm beschäftigt werden
mit Ausnahme des Ehegatten.
Der Unfallversicherung unterliegen die ge-
nannten Personen ohne Rücksicht darauf, ob sie
abhängige Arbeiter oder Kopfarbeiter (ohne Rück-
sicht darauf, welche Tätigkeit sie ausüben, ob
technisch, Verwaltungs-, Raffin- oder eine andere
Berufstätigkeit), also alle, die in der Industrie,
dem Handel, Gewerbe, Ackerbau beschäftigt sind,
die Gesundheitsfragen, Arbeiter usw. Unberührt
ist nur das Arbeitsverhältnis oder Dienstverhältnis.
Eine Ausnahme: wachen Schüler, Lehrlinge
und Verwandte des Arbeitgebers, sowie Praktikanten
und Kolonnisten, die Schüler oder Absolventen
von Berufs- oder Hochschulen sind, und
außerhalb zum Zweck der praktischen Aus-
bildung in ihrem Berufe nach den Bestimmungen
des Gesetzes oder der gegebenen Verbrauchstelle be-
schäftigt werden. Die in diesem Abschnitt ge-
nannten Personen unterliegen der Unfallver-
sicherung ohne Rücksicht darauf, ob sie im Arbeits-
verhältnis stehen oder nicht.

Von den Kopfarbeitern unterliegen der Unfall-
versicherung auch diejenigen Personen, welche im
Erlöse der Verfertigung des Staatspräsidenten
vom 24. November 1927 über die Versicherung
der Kopfarbeiter (Dz. U. R. P. Nr. 106, Bof.
Nr. 111) von der Versicherung für Kopfarbeiter
befreit sind.

Die Beschäftigung auf Grund des „Dienstver-
hältnisses“ umfaßt diejenigen Angehörigen, die
auf Grund eines öffentlich rechtlichen Verhält-
nisses beschäftigt sind. Diese Angehörigen unter-
liegen der Unfallversicherung auch dann, wenn
sie nach den Vorschriften einen Anspruch auf
Altersversicherung haben.

Das Gesetz über die Sozialversicherung stellt
in Verbindung mit der Ministerialverordnung
vom 28. Dezember 1933 (Dz. U. R. P., Nr.
103, Bof. 818) § 68 die Meldepflichtung der
Arbeitsstätten durch den Arbeitgeber fest. Arbeit-
geber ist jeder, der Personen beschäftigt, die der
Unfallversicherung unterliegen.

Als Arbeitsstätten gelten alle Unternehmungen,
Büros und andere Beschäftigungen von
Personen, die dem Gesetz über die Versicherung
gegen Unfälle und Berufskrankheiten unterliegen.
Jeder Arbeitgeber, der am 1. Januar 1934
Personen beschäftigt, die dieser Versicherung
unterliegen, muß seine Arbeitsstätte auf dem
besonderen Formular Nr. 7, das durch die Ver-
fügung vom 28. Dezember 1933 (Dz. U. R. P.,
Nr. 103, Bof. Nr. 818) festgelegt ist, anmelden.
Diese Formulare sind gegen Entgelt im Büro
der Unfallversicherung in Königshütte, sowie auch
in allen Krankenkassen erhältlich.

Wenn der Arbeitgeber mehr als eine Arbeits-
stätte besitzt, muß für jede ein besonderes For-
mular angefertigt werden. Die erteilte angefer-
tigten und unterzeichneten Formulare müssen
der Unfallversicherung in Königshütte spätestens
im Verlaufe von sieben Tagen eingereicht
werden, widrigenfalls nach den Strafbestim-
mungen des Gesetzes vorgegangen wird.

Die Meldepflicht gilt für alle Arbeitsstätten,
also auch für diejenigen, die bereits der Unfall-
versicherung nach den bisherigen Gesetzen unter-
liegen und in der Unfallversicherung in Königshütte
bereits registriert sind.

Auf dem oberösterreichischen Gebiet der Wojewod-
schaft unterliegen der Unfallversicherung — außer
den Personen, die im Arbeitsverhältnis stehen —
auch die kleinen landwirtschaftlichen
Produzenten, welche die Arbeit persönlich in Land-
und Forstwirtschaften ausüben.

**(Genehmigungen für Laufvergnü-
gen.)** Nach einer neuen Verfügung sind die
Stadt- bzw. Gemeindevorstellungen nicht mehr
berechtigt, Genehmigungen für Laufvergnügen
und ähnliche Veranstaltungen zu erteilen. Für
die Genehmigungen ist einzig und allein die
Starostei zuständig. Die Anträge sind mit der
bestehenden Stempelgebühr bei den zuständigen
Stadt- und Gemeindevorstellungen, an die
Starostei adressiert, einzureichen.

**(Millionenaufträge für die Indus-
trie.)** Aufträge der Generaldirektion der
lettlandischen Eisenbahn einseitig und der Ver-
einten Königs- und Bauarbeiten sowie der
Friedensarbeiten andererseits geben zur Zeit Ver-
handlungen über eine Verletzung von 15 000
Tausend Eisenbahnmaterial und dem dazugehö-
renden Eisenbahnmaterial im Werte von rund
15 Millionen Zloty. Die Verhandlungen sollen
sowiebaldig sein, daß mit einem Abschluß
in den nächsten Tagen zu rechnen ist. Weiter
hat die lettlandische Eisenbahn bei der Auto-
motivekraft in Uryaow drei Lokomotiven in
Antrag gegeben.

(Pilgerfahrt ins Heilige Land.)
Die von langer Zeit aus verlängerte polnische
Pilgerfahrt ins Heilige Land beginnt am 20.
Februar unter der geistlichen Leitung von Bischof
Sawina. Für die Fahrt ist der größte
polnische Passagierdampfer, die „Polonia“, be-
reits bestellt worden. Auf der Fahrt wird in
Ägypten und Konstantinopel Station gemacht.
In Palästina wird der Pilgerzug außer Jeru-
salem alle Orte, die durch das Heilige Land
bekannt sind, besuchen, und zwar: den Del-
berg, Bethlehem, das tote Meer, Jericho, den
Jordan, Bethanien, Nazareth, den Berg Tabor,
den See Genesareth, Kana, den Berg Karmel
usw. Außerdem wird der Pilgerzug Ägypten
besuchen. Melungen zur Teilnahme an der
Fahrt sind möglichst auf die beschränkte
Teilnehmerzahl bis 21. Januar in den Bür-
ros der katholischen Liga, Katowitz, Pilsab-
straße 58, abzugeben.

**(Der neue Telephontarif in Ober-
schlesien.)** Im Zusammenhang mit der durch-
geführten Automatisierung des oberösterreichischen
Telephonsystems, die am 1. Februar vollstän-
dig in Kraft trat, wird ab 1. März 1934 ein
neuer Telephontarif in Kraft treten. Dem
neuen Tarif zufolge soll die Abonnementgebühr
für einen Telefonaufschluß 15 Zloty monatlich
betragen. In dieser Gebühr sollen jedoch noch
zwei verschiedene Zuschläge erhoben werden. Die
Höhe der Gesprächs-, die in einem Monat im
Abonnement gebührt werden kann, ist für jeden
Telephonapparat ein festes festgelegt worden.
Bei einer Inanspruchnahme über diese Kontin-
gent hinaus wird für jedes Gespräch eine Sonder-
gebühr von zehn Groschen erhoben. Gleichzeitlich
sollen die bis jetzt den Abonnenten zugewiesenen
kostenlosen Gespräche im Betrag des oberösterreichischen
Telephonsystems angehoben werden. Bei
Gesprächen, die über auswärtige Postämter ge-
führt werden, sollen für die ersten fünf Minuten
20 Groschen und für jede weiteren drei Minuten
wiederum 20 Groschen berechnet werden. Von
der Einführung des neuen Tarifs würden gerade
die Abonnenten betroffen werden, die fast auf
die Benutzung des Telephonsystems angewiesen
sind, während diejenigen Abonnenten, die die
Anzahl der kostengünstigsten Gespräche nicht
übersteigen, wesentliche Erleichterungen er-
fahren würden.

(Ereignis Freundschaft.) Ein gewiß nicht
alltägliches Fall beschäufte das Bezirksgericht
in Katowitz. Verhandelt wurde gegen Peter
Oskowski, der für seinen Freund Wladislaw
Cuglewski sieben Tage „brunnen“ ging und
gegen Cuglewski, der sich vor dem Strafamt
drückte und Oskowski überredet hatte, für ihn
die Strafe anzunehmen. Oskowski mußte natür-
lich kein Verbrechen, doch nahm er alle Schuld
großmütig auf sich. Er wollte sich für die
Wohltat, die er von Cuglewski diese Monate
erhalten hatte (Cuglewski hatte immer noch
eine Beschäftigung, während Oskowski schon
jahrhundert arbeitslos war) wünschenswert
erkenntlich zeigen. Cuglewski hatte ihn dazu
nicht überredet, er habe es ganz freiwillig getan.
Das Gericht sprach Cuglewski frei. Oskowski
erhielt sieben Tage Haft bei anschließender Be-
währungsfrist.

(Ein Arzt erschossen.) Zwei Diebe
sowohl wird berichtet, daß der am 10.
Januar einem Revolverattentat zum Opfer ge-
fallene Arzt Dr. Franz Dzierza seinen Ver-
letzungen erliegen ist. Der Mörder, ein Schwa-
ger des Toten, Wilhelm Kalka, wird im Ge-
richtsamt Königshütte festgehalten und soll in
den nächsten Tagen nach Wuppertal zwecks Unter-
suchung sein Strafverfahrens überführt werden.
Vom Ergebnis der Untersuchung hängt es ab,
ob Kalka sich vor einem Landgericht zu ver-
antworten haben wird.

*** (Deutsches Theater in Rybnik.)** Am Dienstag, den 23. Januar, um 20 Uhr, findet im Saale des Hotels Szwarczak in Rybnik ein Gastspiel des Oberösterreichischen Landes-theaters statt. Zur Aufführung gelangt die besonders zugkräftige 3-aktige Operette „Die Männer sind mal so“ von Walter Kollo. Eintrittskarten sind im Bordverkauf in der Buchhandlung Stronczek (Telefon 1116) in Rybnik zu haben.

• (Die Komplizen von Stwiec festge-setzt.) Freitag vormittag wurde der Schwallowitzer Polizeikommissar Stwiec auf Veranlassung der Gerichtsbehörde in die Anstalten Teit- und Pitegassau gebracht, wo er auf seinen Gefängnisstand hin drohend wird. Die Untersuchung dürfte nicht lange dauern, da trotz des Schwallerens keinerlei Anzeichen für eine Gefährlichkeit des Mörders bestehen. Inzwi-schen wurde weiter nach den beiden Mittätern von Stwiec gesucht. Die Polizei hatte Erfolg. Es gelang ihr festzustellen, daß der Bruder des Mörders, Ferdinand Stwiec, und ein gewisser Ludwig Orzolek an der Tat beteiligt waren. Orzolek wurde verhaftet. Er ist be-reits wegen schwerer Vergehen, die er als Komplize der Brüder Stwiec zu schulden kom-men ließ, vordemstrast. Ferdinand Stwiec, der bereits einige Tage nach dem Mord verhaftet worden war, ist 33 Jahre alt und wohnt in Chwalowitz. Auch er hat wegen Mordver-fällen und schweren Diebstählen schon oft vor Gericht gestanden und mehrjährige Gefängnis-strafen erhalten. Zur Zeit des Mordes be-fand er sich gerade auf freiem Fuß. Der Mörder Franz Stwiec hatte als Mittäter den Jergo Kubiczek aus Horn angegeben. Nachdem nun die beiden Komplizen einwandfrei festgestellt worden sind, hat es sich auch ergeben, daß Kubiczek mit der Tat nichts gemein hat.

Die beiden Schwurverbrecher Stwiec haben auch bereits den Wink auf das Schicksal des Nachmann, des Polizeikommissars in Prag, das Lager der Firma Kralak und zwei Einbrüche bei Baumleber Groß in Rybnik eingebracht.

Die Strafammer in Rybnik verurteilte am Dienstag die 64 Jahre alte Mutter des Poli-zistenmörders Franz Stwiec, Lubina Stwiec aus Chwalowitz, zu sechs Monaten Gefängnis bei sofortigem Straftatort. Sie ist bereits mehrfach vordemstrast. Der Angeklagte wurde vorgeworfen, ihrem Sohn bei der Flucht vor den Behörden beihilft zu haben. Zwei Tage nach der Mordtat, am 29. November, hielt sich Stwiec bei seinem Verwandten Kowalski in Michanow versteckt. Hier wurde er von der Mutter über die Maßnahmen der Polizei unterrichtet und zur Flucht aufgefordert. Die Angeklagte war, wie alle anderen Familien-mitglieder, von der Polizei drohend worden. Als die Polizei später den Mörder bei Kowalski verhaften wollte, war Stwiec bereits geflüchtet. Die Angeklagte bestritt vor Gericht, ihrem Sohn zur Flucht verholfen zu haben. Sie habe ihn sogar aufgefordert, sich selber der Polizei zu stellen. Das habe der Sohn aber nicht tun wollen. Er habe die Amnestie (?) abwarten wollen.

• (Die Mörder von Orzegow ver-haftet.) Die oberösterreichische Polizei hat im neuen Jahre einen zweiten großen Erfolg zu verzeichnen. Noch wird über die Verhaftung des Polizeikommissars Stwiec berichtet, da meldet die Adressbücher der Polizei die Verhaftung der Mörder, die am 4. Januar, abends 8,20 Uhr, beim Eindringen in die Wohnung der Ge-schäftsinhaberin Orze in Orzegow deren Ver-wandten, den 21-jährigen Wladislaw Orze er-schossen haben. Der eigentliche Mörder ist 21 Jahre alt, heißt Franz Kapica und stammt aus Schützengrube. Seine Komplizen heißen Bernhard Kttner, Kubo, ul. Cohnstr. 37

und Heinrich Traub, ohne bündigen Wohnort. Kttner ist, wie Kapica, 21 Jahre und Traub 23 Jahre alt. Von Kttner der Vernehmung ge-hörten die Täter auch noch einen anderen Mordtäterfall ein. Sie waren in den Abend-stunden des 24. Dezember bewaffnet in die Wohnung des Kaufmanns Josef Müller an der Jana 7 in Königshütte eindringend und hatten ihn zur Veranlassung der Tagelohnnahme von 60 Klotz gezwungen.

Die Mörder des Wladislaw Orze in Orzegow haben im Laufe der Vernehmungen vor der Adressbücher der Polizei noch einen weiteren Mordtäterfall eingestanden. Und zwar sind es die verhafteten Franz Kapica und Bernhard Kttner, die im November den Kaufmanns-fall auf die Kaufmannsfrau Bartel in Kuba-hammer verübt haben. Frau Bartel wohnt in Kuba-hammer im Ortsteil, wohnt aber in Königshütte. Die Täter brachten in Ge-fahrung, daß die Frau jeden Abend gegen 8 Uhr mit der Tagelohnnahme zur Autobahnhal-te-stelle geht. Als sie wieder einmal auf diesem Wege war, wurde sie von Kttner überfallen, während Kapica ihr die Geldtasche mit 150 Bl. und drei Reismark entriß. Beide Mörder hatten Schußwaffen in der Hand. Auf der Flucht gab sie auf ihre Verfolger mehrere Schüsse ab, ohne jedoch zu treffen.

• (Im Rostschack zum Leben ge-kommen.) In der Nähe von Orzegow ereignete sich ein schwerer Unglück in einem Rostschack. Drei Arbeiter, die in ihrer letzten Arbeit waren, wurden von plötzlich einströmendem Eiswasser verdrängt. Zwei von ihnen konnten sich selbst retten, während der dritte, der 22-jährige Paul Janda, lebendig begraben wurde. Obwohl eine Rettungskolon-nen die Ausgrabung sofort vornahm, konnte der Verunglückte nur als Leiche geborgen werden.

• (Wilderer an der Arbeit.) In einer der letzten Nächte (Schon) unternahm Wilderer im Kohauer Stadtwald ein Reh od. Das Reh wurde an Ort und Stelle ausgenommen, worauf die Täter unter Mithilfe des Fleischer in Richtung der Gemeinde Wolschnitz flüchteten. Verdächtige sind mehrere in der Umgebung wohnende Personen, bei denen Hausdurchsuchungen allerdings erfolglos durchgeführt wurden.

Vermisste.

Die Erde bebt . . .

Hamburg, 16. Januar. Die Apparate der Ham-burger Station für Erdbebenforschung registrierten am Montag ein schweres Erdbeben um rund 5800 Mi-krometer Entfernung. Am Dienstag kam kurz darauf eine Meldung, daß hier 25 Personen bei dem großen Erd-beben ums Leben kamen und mehr als 200 Verletzte zu verzeichnen sind. Es ist zu befürchten, daß die Zahl der Toten noch viel weiter höher ist. Von der Katastrophe sind besonders folgende Städte berührt: Benares, Lucknow, Patna, Jowalpur, Jowalpur und Patna. In Patna wurden 80 Personen ins Krankenhaus eingeliefert, zahlreiche Tote liegen noch unter den Trümmern. In Karpur sind durch das schwere Erdbeben 800 Häuser eingestürzt und 7000 Köpfe schwer beschädigt. In Kalkutta verlor ein mehreres Gefangene bei der durch das Erdbeben entstandenen Panik aus dem Gefängnis zu flüchten. Nur einem von ihnen gelang es, sich lebend zu retten. Das Erdbeben, das auch in Kalkutta sehr heftig sich auswirkte, hat den Hauptstern in der Provinz Bihar, die nordwestlich von Kalkutta gelegen ist. In Patna am Ganges sind acht Personen getötet worden, in der Stadt Gaya neun Personen. Mehr Gebäude wurden zerstört.

Kalkutta, 17. Januar. Über das schwere Erdbeben-unglück in Indien treffen immer noch ergänzende Mel-dungen ein. Der ganze Umfang der Katastrophe läßt sich aber doch noch nicht in allen Teilen übersehen. So sagen die gestrigen Abendmeldungen, daß die Zahl der Todesopfer auf hundert Tote und tausend Verletzte gestiegen ist.

Eine Reihe von Rettungen schloß die Zahl der Todes-opfer auf mehrere tausend Personen.

Fluggesunglück in Frankreich.

Paris, 16. Januar. Das sich am Dienstag aus Indochina befindliche französische Großflugzeug „Maragab“ ist gestern abend um 18 Uhr in Lyon

gestürzt und kurz nach 21 Uhr in der Nähe von Cor-billy im Departement Nièvre in Ostfrankreich brennend abgebrannt. Im Bord des Flugzeugs befanden sich mehrere hoch französische Beamte, darunter der General-gouverneur von Indochina, Rabour, der Direktor der französischen Handelsmission, Chaumier, der französische Konsul in Damastus, Larrieux, ferner der hohe Be-ammter der französischen Luftfahrt.

Im Bord befanden sich insgesamt zehn Personen, alle Personen sind getötet worden. Die Passagiere sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt und die Leichen können nicht mehr identifiziert werden. Das Flugzeug sollte mit besonderer Vorsicht empfangen werden. Nun sind aber auch alle Empfangsstellvertreter für das französische Militärflugzeug abgerufen worden. Ueber Frankreich werden wieder die Trauertage sein.

In den Tagen geht auch die Gattin des Direktors der französischen Handelsmission Chaumier sowie eine Ordonanz des Generalgouverneurs von Indochina. Die Leiche des Unglücks ist noch nicht bekannt.

Raubüberfall mit einem Garg.

Warschau, 16. Januar. Am Samstag demon-strierten die Arbeiter sowohl der großen Textilfabriken von Lodz wie der größeren Metallfabriken des Westens von Lodz für die Arbeitslosen der gefürchten Arbeitslosigkeit am letzten Montag. Ein großer Teil der Belegschaft des Warschauer Metallwerkes von Wlodo-witz und Kilmowitz führte eine besonders aufsehens-erregende Kundgebung durch. Die Arbeiter zogen mit einem Garg durch die Straßen, der die Aufschrift trug: „Hier ruht die Sozialdemokratie und die Arbeiterorgani-sation.“ Im Widrig wurde aus 6-köpfiger Arbeit-losigkeit in den Werkstätten ohne Zustimmung der Betriebs-leitungen mittels Schloß mit der Schloß gemacht und die Arbeiter vertrieben ihre Arbeitsstätten, um so die weitere Sitzung des englischen Sonntags zu man-dulieren.

Wolfsplage im Huzulengebiet.

Im Huzulengebiet rächten Wölfe große Schäden an. Sogar Menschen sind ihnen bereits zum Opfer gefallen. Die Wölfe dringen in großen Heerden bis in die Dörfer, wobei die Huzulen es nur unter großer Gefahr wagen können, in der Nacht ihre Hütten zu verlassen. Durch die Wölfsplage werden Viehhirten gezwungen, die jedoch wenig Erfolg haben, weil die Wölfe in zu großer Zahl auftreten.

Hochzeitsgesellschaft auf dem Eise eingebrochen.

Warschau, 15. Januar. In der Nähe der Ort-schaft Olszewitz im Wisna-Obert brach ein mit Hochzeitsgesellschaft belegter Schlitten, der einen ge-zwungenen See fuhr, im Eise ein. Drei Insassen kamen ums Leben.

Gasexplosion in Plettenberg.

Essen, 15. Januar. Am Freitag, kurz vor 9 Uhr, ereignete sich in der Adolphstraße in Plettenberg eine Gasexplosion, die so heftig war, daß ein Hochhaus zusammenstürzte und sofort in Flammen aufging. Das Explosionsausmaß hat bisher vier Todesopfer gefordert. Die 45 Jahre alte Frau Grotz, die durch die Explosion schwere Brandwunden erlitten hatte, ist im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. In gleicher Zeit wurde auch die 21-jährige Tochter der getöteten Frau Grotz tot unter den Trümmern deroorgelassen, ebenso der Junalide Josef.

Eine unbemittelte Wohnung.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat in dem jugo-slawischen Ort Zlatibor der 37-jährige Wlodo-witz seit Jahren lang, also seit seinem zwanzigsten Lebens-jahre, auf einem Friedhof, und zwar in der Familiengruft gewohnt, weil sein Vater, obwohl er ein reicher Bauer war, ihm eine Lebensrente von nur einem Dinar pro Tag angesetzt hatte. Wlodo-witz zog es vor, lieber als tot zu erscheinen, als die Demütigung auf sich zu nehmen, mit einem Dinar pro Tag zu leben. Annehmlich ist das Mote Kreuz eingeschritten, um ihn aus der festsitzen Wohnung herauszubringen.

In einer „Ruffschale“ auf hoher See.

London, 17. Januar. Ein schreckliches Ende nahm der Versuch von 200 Ozeanern, in einer wirtlich-gen Dichtungs-Schwärze zu erreichen. Die Schif-fen, die in ihrer Ruffschale von dem schiffbrüchigen Hafen Ozean angebrochen waren, gerieten an der Fahrt nach Schwärze in einen schrecklichen Sturm, wobei sie sich in den für ihre Größe viel zu engen Räumen unter Deck zusammenbrängen mußten. Dabei wurden 28 Fahrgäste in einem kleinen Raum drückt zusammengepresst, das ist erstattet. Die Schiffe wurden aber nicht gerettet. Schließlich lief die Ruffschale den Ozean von Groß-Ozean an, wo 16 Fahrgäste umkamen. Was mit den übrigen 186 Menschen geschehen ist, konnte nicht in Erfahrung ge-bracht werden.

Evng. Kirchengemeinde
Sonntag, den 21. Januar 1934:
Vorm. 10 1/2 Uhr: Deutscher Gottesdienst.

KINO CASINO
Nareszcie nadeszla!
Blond Venus
w sobote o 6 18, w niedzialeo 4, 6 18, w poniedzialeo o 6 18.
Nastepny film dnia 27., 28. i 29. b. m. ukaże się na ekranie
Maurice Chevalier
z **Jeanette Macdonald**
p. t. **Godzina z Tobą**

Katholischer Bürgerverein.
Sonntag, den 28. Januar 1934, nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung
im Vereinslokale Mazurek.
Tagesordnung: 1) Eröffnung. 2) Vereinsbericht. 3) Rechnungslegung. 4) Vorstandswahl. 5) Vereinsangelegenheiten. 6) Vortrag.
Der Vorstand.
2 pokoje i kuchnia
(l. piętro) od 1. lutego do wynajęcia
Alfons Gloss
Dworcowa 25.
Violinsaiten
Feinstes Fabrikat
P. Hunold/Sohrau
Buch- und Papierhandlung
Gebetbücher
in deutscher oder polnischer Sprache in besten Einbänden zu billigsten Preisen.
P. HUNOLD/SOHRAU
BUCH- U. PAPIERHANDLUNG

DRUCKSACHEN
Rechnungen, Quittungen Couverts, Einladungen Geburtsanzeigen, Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Todes-Anzeigen Plakate, Visitenkarten Mahnbrieft, Zahlungsbe-fehle, Cirkulare, Postkarten fertigt sauber und billigst an
BUCHDRUCKEREI
P. HUNOLD/SOHRAU